

21.08.2023

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Landesregierung muss endlich ihrer Aufgabe zur Schaffung von ausreichenden Plätzen für Geflüchtete in Landesunterkünften nachkommen – Kommunen dürfen nicht länger das Organisationschaos der Landesregierung ausbaden

Mehrere Medien berichten am 16. und 17. August 2023 über ein Ministeriumsschreiben an die kommunalen Spitzenverbände,¹ in dem es heißt: „Aktuell sind unsere Einrichtungen durchschnittlich zu 89 Prozent belegt, die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen sind ausgelastet beziehungsweise teilweise überbelegt.“ Um die Aufnahmekapazitäten des Landessystems zu erhalten, müsse man schon zum jetzigen Zeitpunkt vorzeitige Zuweisungen von Geflüchteten aus den Landeseinrichtungen in die Kommunen vornehmen.²

Leider erfolge der geplante Aufwuchs der Landeskazitäten nicht so schnell wie erwartet. Konkret handele es sich dem Schreiben zufolge um rund 1.500 Geflüchtete, die dann in spätestens 14 Tagen von den Städten untergebracht werden müssten³.

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden hat die SPD-Fraktion im Landtag NRW die Landesregierung mehrmals dazu aufgefordert, die Kommunen sowohl finanziell als auch mit der Ausweitung der Landeskazitäten zu unterstützen. So wie zuletzt im Antrag „Kommunen und Geflüchtete nicht weiter im Stich lassen – Land muss eigene Hausaufgaben machen“ (Drs.18/4364) vom 16.5.2023. Darin hat die SPD-Fraktion die Landesregierung explizit dazu aufgefordert „die Zahl der Plätze in Landeseinrichtungen zur Unterbringung und Versorgung kurzfristig substanziell auszubauen und perspektivisch auf mindestens 70.000 zu erhöhen.“ sowie u.a. „die Kosten der Kommunen für die Vorhaltung von Unterbringungsmöglichkeiten (Vorhaltekosten) zu übernehmen.“ (S. 3).

Zu dem Zeitpunkt hatten bereits über 130 Hilferufe aus Kommunen die Landesregierung erreicht und über 150 Kommunen haben sich mit einer Überlastungsanzeige an die Bezirksregierung gewandt.⁴

¹ https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23638560_Land-will-Kommunen-in-NRW-mehr-Gefluechtete-direkt-zuweisen.html Stand: 16.08.2023; Rheinische Post, NRW weist Kommunen mehr Flüchtlinge zu, Stand: 16.08.2023; Rheinische Post, Streit um Flüchtlingsplätze, Stand: 17.08.2023

² https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23638560_Land-will-Kommunen-in-NRW-mehr-Gefluechtete-direkt-zuweisen.html Stand: 16.08.2023 und Rheinische Post, NRW weist Kommunen mehr Flüchtlinge zu, Stand: 16.08.2023

³ Vgl. WAZ Flüchtlinge: Land gehen die Plätze aus. Stand:16.08.2023

⁴ <https://www1.wdr.de/nachrichten/fluechtlinge-verteilung-kommunen-karte-nrw-100.html> Stand: 16.8.2023

Die Lage in den Kommunen und der unzureichenden Aufnahmekapazitäten in den Landesunterkünften ist seit längerem bekannt. Die Prognosen für steigende Flüchtlingszahlen veröffentlicht die Landesregierung regelmäßig selbst auf ihrer Webseite. Daher ist es umso unverständlicher, dass hier sowohl Kommunen als auch Geflüchtete Situationen ausgesetzt werden, die einer humanitären Aufnahme nicht mehr gerecht werden.

Hatte die Landesregierung zunächst ein – völlig unzureichendes – Ausbauziel von 35.000 Plätzen in Landeseinrichtungen ausgegeben, so konnte dies nicht einmal annähernd erreicht werden. Anstatt die Aktivitäten zur Entlastung der Kommunen deutlich auszuweiten und Plätze in Landeseinrichtungen zu schaffen, verzichtete die Landesregierung jedoch lediglich auf die ein Ausbauziel.

Dass das Land die Kommunen so kurzfristig über so weitreichende Pläne informiert und sie vor unsägliche Tatsachen stellt, ist nicht hinnehmbar. Schon gar nicht, wenn die Situation durch vorausschauende Planung hätte vermieden werden können.

Die Kommunen in NRW brauchen eine schnelle Entlastung im Hinblick auf die vor Ort bestehenden Möglichkeiten zur menschenwürdigen Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen. Ebenso brauchen Städte und Gemeinden die Übernahme der sogenannten Vorhaltekosten für Unterbringungsplätze für Geflüchtete. Des Weiteren ist eine Anpassung der Pauschalen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) an das tatsächliche Kostenniveau notwendig, damit Städte und Gemeinden auf diesen drastischen Mehrbelastungen nicht sitzen bleiben.

Aufgrund der kurzfristigen Mitteilung der Landesregierung über die Zuteilung von Geflüchteten an die Kommunen in den nächsten 14 Tagen, ist eine schnelle Lösung und eine Entlastung der Kommunen in NRW aufgrund des dringlichen öffentlichen sowie parlamentarischen Interesses im Rahmen einer Aktuellen Stunde im Landtag zu diskutieren.

Jochen Ott
Sarah Philipp
Christian Dahm
Lisa Kapteinat

und Fraktion